

Uwe Meinhardt

Erster Bevollmächtigter der IG Metall Stuttgart

## **Es gilt das gesprochene Wort.**

Kolleginnen und Kollegen,

Das Motto des 1. Mai 2015 lautet: **Die Arbeit der Zukunft gestalten wir.**

Und in der Tat wollen und werden wir dies auch tun. Aber dafür, dass wir diesen Anspruch überhaupt formulieren können, gibt es eine unabdingbare Voraussetzung. Eine Voraussetzung, die sich am 8. Mai, heute in einer Woche, zum 70. Mal jährt, nämlich die Befreiung vom faschistischen Terror und Krieg. Vor 70 Jahren gelang es den Armeen der Westalliierten und der Sowjetunion, Deutschland vom Nazi-Terror zu befreien. Mehr als

55 Millionen Menschen waren diesem Terror und Holocaust und dem Vernichtungskrieg zum Opfer gefallen. Sie bezahlten den deutschen Griff nach der Weltherrschaft mit unvorstellbarem Leid und mit ihrem Leben. Die überwiegende Mehrheit der Deutschen aber empfand den 8. Mai 1945 nicht als Tag der Befreiung, sondern als Kapitulation, als Niederlage bzw. als Zusammenbruch. Denn diese überwiegende Mehrheit der Deutschen hatte es sich sehr angenehm eingerichtet, in dem Wahn, einer Herrenrasse anzugehören, die das Recht und sogar die historische Pflicht hat, andere Völker als Arbeitssklaven zu unterjochen oder gar auszurotten. Es dauerte 40 Jahre, bis der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker erstmalig öffentlich vom Tag der Befreiung sprach. Der Tag, der den Aufbau eines Lebens in Frieden, Freiheit und Vielfalt erst ermöglicht hat.

Und auch für uns Gewerkschafter gilt, erst nach der Befreiung vom Faschismus konnten wir wieder wirklich unser Haupt erheben, unsere Lektion der politischen Einheitsgewerkschaft lernen und anfangen, die Arbeit der Zukunft zu gestalten. Und weil das so ist, haben wir auch heute noch einen Auftrag und eine Verpflichtung. Wir haben die Pflicht, uns jeder Ideologie in den Weg zu stellen, die Menschen gering schätzt, erniedrigt oder gar verfolgt, weil sie eine andere Hautfarbe haben, einer

anderen Ethnie angehören, einer anderen Religionsgemeinschaft, weil sie politisch anders denken oder sexuell anders orientiert sind.

Ich zitiere hier ganz bewusst aus der Satzung der IG Metall.

„Sie fördert aktiv die Gleichstellung von Frauen und Männern in Gesellschaft, Betrieb und Gewerkschaft, unabhängig von ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität.“

Und überall, wo heute Rechtsradikale und Neonazis unter dem Deckmantel einer Pegida oder anderer Tarnnamen gegen Ausländer, Asylbewerber oder Flüchtlinge hetzen, Menschen verfolgen, verletzen und Brandanschläge begehen, überall dort muss unsere klare Botschaft heißen: Faschismus aber, Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen und muss als solches bekämpft werden. Und noch eines möchte ich an dieser Stelle betonen.

Wir können uns seit 70 Jahren in Frieden mit der Gestaltung von Arbeit beschäftigen. Andere können das nicht, weil sie nicht in Frieden leben. Ob in Syrien und vielen Ländern Afrikas, ob in der Ukraine oder in all jenen Gebieten, wo der Islamische Staat seine Terrorherrschaft errichtet hat. Kriege und Bürgerkriege bewirken nicht nur Leid und Tod, sondern eben auch Flüchtlinge. Und wer, wenn nicht wir, hat die Pflicht, Menschen, die vor Krieg und Terror flüchten, nach all unseren wirtschaftlichen Möglichkeiten Asyl zu gewähren. Und es sind viele: Alleine 15 Millionen Menschen aus Afrika wollen nach Europa.

Über zwei Millionen aus Syrien und dem Irak, geschätzte zwei Millionen aus der Ukraine und noch viele, viele andere. Bei weitem nicht alle von ihnen sind politisch Verfolgte im Sinne des deutschen Asylrechts, vielmehr flüchten sie mit ihren Familien aus verheerten Gebieten, um in Europa ihr Leben in Arbeit zu gestalten. Und das ist sehr wohl ein ehrenhaftes Motiv, das wir nicht mit dem Begriff Wirtschaftsflüchtling verunglimpfen sollten. Natürlich können wir nicht alle Menschen aufnehmen, die zu uns aus wirtschaftlichen Gründen kommen, weil sie hier ihr Leben in Arbeit gestalten wollen. Wir müssen anerkennen, dass dieses, unser Land, ein Einwanderungsland ist, in dem wir mit einem Einwanderungsgesetz und entsprechenden Quoten einer bestimmten Anzahl von Menschen, die Möglichkeit geben, hier bei uns ganz legal als Einwanderer zu leben und zu arbeiten. Es kann nicht sein, dass Arbeitgeber und

Politiker ständig über die demographische Entwicklung lamentieren und von der Altenpflege bis zu den Ingenieuren den Fachkräftemangel beschwören und gleichzeitig alles dafür tun, dass alle Fremden draußen bleiben. Ganz nach dem zutiefst hinterwäldlerischen Motto, wir haben nichts gegen Fremde, aber diese Fremden sind nicht von hier.

Ich sage dies, Kolleginnen und Kollegen, weil zwei Aspekte der Arbeit der Zukunft heute schon klar sind und sich deutlich abzeichnen. Die Arbeit der Zukunft wird viel stärker als heute in weltweiten Wertschöpfungsketten organisiert sein und zweitens, diejenigen, die die Arbeit vor Ort machen, die Arbeiterinnen und Arbeiter werden noch viel stärker international sein und letzteres zu mindestens ist auch gut so, lässt es uns als Chance begreifen.

Kolleginnen und Kollegen, vieles wird in der Arbeit der Zukunft anders sein, als heute.

Eines aber wird gleich bleiben. Solange die Überschrift der Veranstaltung insgesamt Marktwirtschaft heißen wird, wird auch die Arbeit der Zukunft verfallen in Lohnarbeit und Kapital. Die überwiegende Mehrzahl der arbeitenden Menschen wird auch in Zukunft als abhängig Beschäftigte in abhängiger Arbeit beschäftigt sein, jeder für sich und immer in Konkurrenz zu anderen. Und weil das so ist, wird es unsere innerste Kernaufgabe als Gewerkschaften bleiben, die Konkurrenz der abhängig Beschäftigten untereinander aufzuheben. Beim Entgelt, bei der Arbeitszeit und bei den Arbeitsbedingungen gemeinsam und solidarisch dafür zu sorgen, dass es Mindestbedingungen gibt, die für alle gelten. Das klassische gewerkschaftliche Instrument zur Regelung dieser Mindestbedingungen sind Tarifverträge. Für viele Metallerinnen und Metaller unter uns, waren und sind Tarifverträge so eine Art Selbstverständlichkeit.

Und überall dort, wie z.B. in der Metall- und Elektronindustrie, wo an konkreten Orten, in Betrieben, wie z.B. beim Daimler, Menschen in der arbeitsteiligen Wertschöpfung an einem Ort zusammengebracht werden und wir sie als Gewerkschafter organisieren können, überall dort, wird die Regelung von Mindestbedingungen, in Tarifverträgen, die wir durchsetzen und erkämpfen können, auch in der Zukunft das richtige Instrument und für uns eine Selbstverständlichkeit sein. Aber wir haben auch gelernt, lernen müssen, dass es viele Bereiche und Sektoren gibt, in denen die einzelne Kollegin, bzw. der einzelne Kollege eben einzeln

und nicht organisiert den Moloch Arbeitsmarkt und seinem Arbeitgeber gegenüber ausgeliefert ist. Und dies gilt durch von der Reinigungskraft, die nachts durch unsere Büros durchgeht, bis zum IT-Spezialisten, der sich über Crowdsourcing letztendlich auf Stundenbasis umgerechnet für ein paar Euros verdient. Darum brauchen wir eine zweite Verteidigungslinie für Mindestbedingungen und das ist der gesetzliche, flächendeckende Mindestlohn. Dieser, Kolleginnen und Kollegen, ist seit Anfang dieses Jahres endlich Gesetz und das ist unser Erfolg. Es ist der Erfolg der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder.

3,7 Millionen Beschäftigte werden davon profitieren, sie wurden bisher mit Dumpinglöhnen unter 8,50 Euro abgespeist. Dieser Mindestlohn, dieser gesetzliche Mindestlohn löst bei weitem nicht alle Probleme in prekärer Arbeit und dem Niedriglohnsektor, aber er ist ein wichtiger Schritt nach vorne. Jahrelang haben wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für den Mindestlohn gekämpft, jetzt müssen wir ihn verteidigen. Denn seit der Einführung des Mindestlohns bestürmen die Arbeitgeber die Bundesregierung und fordern Ausnahmen. Angeblich sei ein Bürokratiemonster geschaffen worden. Es wird ganz fürchterlich dramatisiert. In Wirklichkeit aber versucht das Mindestlohngesetz, Recht und Ordnung in einen Bereich zu bringen, in dem bislang Regeln einfach missachtet wurden und in dem offenbar Sozialversicherungsbetrug als ein Kavaliersdelikt gilt.

Kolleginnen und Kollegen, man mag zur SPD stehen wie man will, aber heute, an diesem 1. Mai 2015 stärke ich ihr ganz klar und öffentlich den Rücken gegenüber allen Versuchen der Partner in der großen Koalition, das Mindestlohngesetz wieder zu verwässern. Liebe Sozialdemokraten, manchmal ist es äußerst ehrenwert, als Verweigerer dazustehen.

Es gilt jetzt, den gesetzlichen Mindestlohn zu verteidigen und in einem nächsten Schritt, Leiharbeit und Werkverträge gesetzlich besser zu regulieren.

Kolleginnen und Kollegen, es ist ein leichtes, an einem 1. Mai das gesetzliche Verbot von Leiharbeit zu fordern, aber ganz ehrlich, Sonntagsreden sollten wir getrost, Politikern überlassen, wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind es gewohnt, zu gestalten, konkret zu verbessern. Und darum sage ich zum Thema Leiharbeit, es ist gut, wenn der Einsatz von Leiharbeit in einem Entleihbetrieb gesetzlich befristet werden soll und es ist auch gut, wenn gesetzlich geregelt wird,

dass möglichst frühzeitig, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, also equal pay zu gelten hat. Aber, Kolleginnen und Kollegen, ich sage an dieser Stelle auch sehr deutlich, wer den Einsatz von Leiharbeitern im Entleihbetrieb, zeitlich befristen will, sei es von 24 auf 18 oder auf 12 Monate, der bewirkt im Wesentlichen einen Drehtüreffekt, dann gehen eben die einen nach 12, 18, 24 Monaten und die nächsten kommen rein und werden ausgenutzt. Nein, demgegenüber muss unsere Zielrichtung sein, in einem Gesetz dafür zu sorgen, dass Arbeitsplätze, dass Dauerarbeitsplätze nicht mit Leiharbeitnehmern besetzt werden dürfen. Das ist der richtige Weg, um den Anteil von Leiharbeit tatsächlich in den Betrieben so klein wie möglich zu halten. Und auch für Werkverträge gilt. Es dürfte müßig sein, an einem 1. Mai, ein Verbot von Werkverträgen zu fordern. Vielmehr gilt es, mit aller Kraft daran zu arbeiten, dass die Betriebsräte ein Mitbestimmungsrecht erhalten, was den Einsatz von Werkverträgen bzw. von Werkvertragsbeschäftigten betrifft. Das würde uns einen großen Schritt weiterbringen, um Werkverträge tatsächlich nur dort einzusetzen, wo sie Sinn machen und um eine bessere Bezahlung von Menschen zu erreichen, die unter Werkvertragsbedingungen arbeiten.

Solange also die Überschrift Marktwirtschaft heißen wird, solange wird es unsere Aufgabe bleiben, abhängige Arbeit menschenwürdig und sozial zu gestalten. Die Rahmenbedingungen dafür sind im Fluss, sind in Bewegung und drei Veränderungsaspekte, die sich heute abzeichnen, möchte ich kurz benennen.

Der erste heißt Industrie 4.0 oder auch das Internet der Dinge.

Im Zusammenwirken von Big Data, also der Echtzeitverarbeitung ungeheurer Datenmengen, Robotik und Sensorik, ist heute möglich und bezahlbar, was vor 30 Jahren noch graphische Vision war. Damit meine ich: Im GBR-Büro von Mahle in Stuttgart-Cannstatt hängt ein Plakat der IG Metall von 1984, auf dem zum Thema Zukunft der Arbeit das berühmte Michelangelo-Bild der Berührung der Hand Gottes mit der Hand Adams so verfremdet ist, dass die Hand Adams, also die Hand des Menschen, eine stilisierte Roboter-Hand ist. Heute, 30 Jahre später, haben wir sogenannte kollaborative Roboter, die mit Menschen zusammenarbeiten und nicht mehr hinter Gittern eingesperrt werden müssen. Wir haben heute Roboter, die menschliche Bewegungsabläufe abgucken, perfekt nachmachen und diese Bewegung ihren Kollegen, den anderen Robotern selbständig weitergeben.

Anders formuliert, wir haben heute zum ersten Mal die Situation, dass z.B. Montagearbeit in der Automobilproduktion in den nächsten 10 Jahren in einem bislang ungeahnten Umfang robotisiert werden könnte. Das ist nur ein kleiner Teilaspekt von Industrie 4.0, aber ich erwähne ganz bewusst genau diesen Teilaspekt exakt vor den Toren des größten Montagewerks von Daimler, um unmissverständlich an einem 1. Mai deutlich zu machen: Leute, es wird nicht so bleiben, wie es heute ist.

Wir werden es nicht verhindern können, aber wir werden es miteinander gestalten und in diesem konkreten Fall heißt das, wir brauchen ein Recht auf Qualifizierung, um sich weiterzuentwickeln, aus diesen Tätigkeiten rauszuentwickeln. Einen allerersten kleinen Fortschritt haben wir mit dem jüngsten Tarifabschluss in unserer Metall- und Elektroindustrie getan.

Insgesamt lautet die Herausforderung von Industrie 4.0. Wird der Mensch jetzt endgültig zum willenlosen Anhängsel eines sich über die Cloud selbst optimierenden Maschinenparks, also zum dressierten Affen, oder eignen wir, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter uns neue Instrumente an, um unserem großen Traum von der Humanisierung der Arbeitswelt einen guten Schritt näher zu kommen.

Letzteres sollte unseren gemeinsamen Einsatz wert sein.

Und auch der zweite wichtige Aspekt bei der Gestaltung der Arbeit der Zukunft bewegt sich im gleichen Spannungsfeld zwischen dressiertem Affen und Humanisierung der Arbeitswelt, nämlich eine deutlich höhere Flexibilität der Arbeitszeit.

Ein Beispiel: Nach den Vorstellungen der Flughafenbetreiber wird es künftig nur noch ganz wenige Kolleginnen und Kollegen geben, die zum Entladen und Beladen der Flugzeuge tatsächlich vor Ort sind und für diese Anwesenheit auch bezahlt werden müssen. Nach ihren Vorstellungen wird künftig in jedem Flugzeug exakt elektronisch festgestellt und festgehalten, wie viele Gepäckstücke mit welchem Gewicht an Bord sind, welcher Mann-Leistung zum Entladen dieser entspricht und im Landeanflug des Flugzeugs wird diese mann-Leistung über die Cloud kurzfristig ausgeschrieben. Die Arbeitssuchenden wiederum umkreisen in ihrem eigenen Pkw den Flughafen, schauen, dass sie über Netz mit der Cloud verbunden sind und wer als erstes dann die Ausschreibung erwischt und gerade so günstig mit seinem Auto steht, dass er als erster da ist, bekommt den Job für ein paar Euro.

Mich erinnert das an die Zeit, als ich vor 40 Jahren mit einem Kumpel zusammen in München manchmal die Schule geschwänzt habe, um ein paar Mark zu verdienen. Wir sind dann morgens um halb sechs zur Tagesvermittlung des Arbeitsamts, haben mit 50, 60 anderen Leuten in einem überheizten und verrauchten Warteraum auf Bänken gesessen, vor einer Wand mit einer Milchglasscheibe drin, die alle 10 bis 15 Minuten aufging und dann hat ein schlecht gelaunter Mitarbeiter des Arbeitsamts in die Runde geguckt und den Spruch losgelassen:

„So, jetzt brauch ich noch 3 Transportarbeiter für den Schenker, fünf Mark auf die Stund gibt's, Du und Du, na Du net, Du noch, auf geht's.“

In Zukunft wird also der schlecht gelaunte Mitarbeiter des Arbeitsamtes durch die Cloud ersetzt und der überheizte Warteraum ist das eigene Auto.

Auf der anderen Seite des Spannungsbogens stehen hoch qualifizierte Beschäftigte der sogenannten Generation Ypsilon, der heute Mitte 30jährigen, die zwar durchaus arbeiten und auch Karriere machen wollen, denen aber Familie, Freunde und Freizeit durchaus genauso wichtig sind. Und weil diese Generation, die Kinder von uns, Baby-Boomer, erst recht deren Kinder natürlich viel weniger sein werden, als ihr heute die viel beschriebene demographische Entwicklung, wissen die Unternehmer durchaus, dass sie sich um diese Beschäftigten bemühen müssen, aber sie wissen noch nicht genau, wie sie das anstellen sollen.

Die Industrie- und Handelskammer Stuttgart hat ihre Mitgliedsunternehmen danach befragt, ob und wenn, was sie ihren Beschäftigten denn anbieten als Maßnahmen und Unterstützung zur besseren Vereinbarung von Familie und Beruf. Und im Ergebnis zeigt sich, dass es bei den Kleinbetrieben bis zu 50 Beschäftigten Regelungen gibt, die aber keine allgemeinen sind, sondern weil man sich einfach kennt in dieser Betriebsgröße, ganz individuell zugeschnittene Vereinbarungen. Und in Betrieben mit über 200 Beschäftigten gibt es dann bereits sozusagen allgemeine Angebote zur besseren Vereinbarung von Familie und Beruf. In dem großen Block aber, der mittelständischen Betriebe, zwischen 50 und 200 Beschäftigten, gibt es kaum Angebote, weil die Arbeitgeber noch nicht so richtig wissen, wie sie das eigentlich machen sollen. Bei den hoch qualifizierten Beschäftigten in unserer Branche der Metall- und Elektroindustrie mit einem guten tariflichen Einkommen, gibt es ein immer größeres Interesse an der sogenannten verkürzten Vollzeit, also Arbeitszeiten um die 30 Stunden in der Woche. Vor diesem Hintergrund bin ich mir mittlerweile sicher, dass wir in den nächsten Jahren eine Renaissance des Themas

Arbeitszeitverkürzung als gewerkschaftliche Aufgabe erleben werden. Allerdings nicht wie vor 30 Jahren als ein Kampf um kollektive Arbeitszeitverkürzung zur Sicherung von Arbeitsplätzen, sondern als ein ganz individuelles Thema. Den Beschäftigten geht es um die Vereinbarung ihrer ganz persönlichen Arbeitssituation, mit ihrer ganz persönlichen Lebenssituation, die sich noch dazu, je nach Lebensphase verändert und somit die Arbeitszeitregelungen über ein Arbeitsleben hinweg ganz unterschiedlich angepasst werden sollen. Das ist für uns als Gewerkschaften eine enorme Herausforderung, der wir uns aber stellen müssen und der wir uns stellen werden. Wir brauchen kollektive, das heißt, tarifvertragliche Rahmenregelungen, die der einzelnen Kollegin und dem einzelnen Kollegen die Möglichkeit eröffnen, ihrer ganz persönlichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und unter der Überschrift Familie möchte ich noch auf einen dritten und letzten Aspekt der Arbeit der Zukunft eingehen, nämlich der Arbeit am Menschen. Und noch ein letztes Mal demographische Entwicklung. Denn wenn die Jungen immer weniger und die Alten immer mehr werden, dann können wir in Zukunft unseren Wohlstand nur erhalten, zum einen durch Zuwanderung, ich habe es erwähnt und zum zweiten, ganz wesentlich, durch eine deutliche Erhöhung der Beschäftigungsquote von Frauen. Das allerdings wird nur funktionieren, wenn wir endlich verstehen und organisieren, dass die Erziehung unserer Kinder genauso wie die Pflege unserer Kranken und Alten eben nicht die Privatangelegenheit von Müttern bzw. Töchtern ist, sondern qualifizierte, gesellschaftlich notwendige Arbeit, die wir hoch achten müssen. Wir müssen weg von der immer noch weit verbreiteten Vorstellung, die angesichts der Schlecker-Pleite vor ein paar Jahren ein FDP-Politiker, der mittlerweile, dankenswerterweise nichts mehr zu sagen hat, noch formulierte, indem er meinte, „sollen doch die arbeitslos gewordenen Schlecker-Frauen Kindergärtnerinnen werden“, nach dem Motto, Frauen und Kindergärtnerin ist doch irgendwie genetisch bedingt, das muss doch gehen. Und wir müssen wegkommen von der Vorstellung, dass Arbeit am Menschen nur Hilfstätigkeiten sind, während die wahre Elite sich in den Chef-Etagen der Industrie tummelt.

Kolleginnen und Kollegen, es gibt Untersuchungen, wonach der Anteil der Menschen mit psychopathischen Charakterzügen, die nicht über Empathie verfügen, also keinerlei Mitgefühl für andere Menschen entwickeln können, wonach der Anteil dieser Menschen unter den Top-Führungskräfte zwei- bis dreimal so groß ist, wie in der

Gesamtbevölkerung. Das ist nicht die Elite, die wir für die Arbeit am Menschen in Zukunft brauchen. Die wahre Elite, die Besten der Besten für die Arbeit der Zukunft sind diejenigen, die mit vielen Qualifikationen, mit viel Kenntnis, mit viel Engagement und viel Mitgefühl unsere Kinder erziehen, unsere Kranken heilen und unsere Alten pflegen werden.

Und darum gilt genau in diesen Tagen unsere ganze Solidarität den Kolleginnen und Kollegen, die in Kindergärten, Kindertagesstätten, Kinderhorten und anderen sozialen Einrichtungen unmittelbar vor einem Arbeitskampf stehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Verdi, Ihr habt für diesen bevorstehenden Arbeitskampf die volle Solidarität der IG Metall und lasst uns gemeinsam darüber nachdenken, wie wir ganz konkrete Unterstützung leisten könne.

Abschließend, die Arbeit der Zukunft wird in vielerlei Hinsicht ganz anders sein als heute. In einem Punkt aber, ich habe es ausgeführt, wird sie voraussichtlich gleich bleiben, nämlich für die überwiegende Anzahl der arbeitenden Menschen, der Beschäftigten, wird es abhängige Arbeit sein, die, weil sie abhängige Arbeit ist, gewerkschaftlich gestaltet werden muss. Und genau das trauen uns die Menschen auch zu. Seit fünf Jahren gewinnen wir in der IG Metall unter dem Strich wieder Mitglieder dazu. Alleine in Stuttgart haben wir heute 5.000 Mitglieder mehr als noch vor drei Jahren. Und mit über 4.500 studierenden Mitgliedern entwickeln wir uns in Stuttgart langsam zu einer veritablen Studentenorganisation.

Und bei Verdi sind alleine in den letzten Wochen mehrere tausend Kindergärtnerinnen neu in die Gewerkschaft eingetreten.

Wenn wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter also an diesem 1. Mai 2015 formulieren, wir gestalten die Arbeit der Zukunft, dann ist das nicht das Pfeifen im Walde, sondern der klare Anspruch starker und selbstbewusster Gewerkschaften.